Dezember 1945

Nr. 1

Warum ich Sozialdemokrat bin!

Einleitend möchte ich auf die Frage antworten, warum ich überhaupt einer der wiedererstandenen demokratischen Parteien heute angehöre. Schon diese Frage wird sich mancher stellen und viele verneinen sie bereits. Wer hat nicht schon Äußerungen gehört, wie: „Jetzt noch einer Partei beitreten? Ich war einmal der Dumme und nie wieder. Das ist jetzt schon der dritte politische Systemwechsel in meinem kurzen Leben und wer weiß, ob es nicht noch einmal anders kommt." Solche Argumentierung mag Manchem in seiner politischen Denkart ausreichend erscheinen, aber stichhaltig und vernünftig ist sie keineswegs. Sie beruht sozusagen auf einem typischen deutschen Charakterfehler. Nachdem die Nazis nicht müde wurden, in eigenartiger Selbstüberheblichkeit und Selbstüberschätzung das deutsche Volk als das beste, stärkste und tapferste, ja geradezu als das „Herrenvolk" zu preisen, wäre es jetzt an der Zeit, zur Selbstbesinnung zu kommen und auch unsere Schwächen zu erkennen. Jeder weiß, daß das deutsche Volk ein tüchtiges, begabtes und sauberes Volk ist, ich will aber die Vorzüge nicht weiter aufzählen, sondern auf drei bedeutsame Hauptfehler hinweisen: 1. Den Neid der Deutschen. Statt das Glück etwas mehr in sich selbst zu suchen, neigen wir gerne dazu, unsere Nachbarn bzw. als Volk unseren Nachbarvölkern ihre wirklichen oder vermeintlichen Vorteile zu neiden und vergessen oft, daß auch unser Garten und unser Vaterland reich ist an vielen Gütern. Dem entspringt sicher z. T. sowohl die soziale Unruhe in Deutschland als auch die Konflikte mit den Nachbarvölkern. 2. Die Maßlosigkeit, aus der durch den Neid geschaffenen unerfüllten Begierde (Faust) ergibt sich leicht ein Minderwertigkeitskomplex, der sich gerne in maßlosen Ansprüchen Ausgleich verschafft, ohne dabei seine Grenzen zu erkennen. So wurde das Unglaubliche Wirklichkeit, daß wir als Volk uns durch die Schuld einer verbrecherischen Führung in einen Krieg mit der ganzen Welt stürzten. Die Nazis glaubten sich in ihrem Wahn so stark, daß sie Großmächte wie Rußland und Amerika herausforderten. Das Maßlose, Unersättliche, ewig Strebsame wirkt sich so aus zum Guten in dem faustischen Streben, zum Bösen aber im Überschreiten der Grenzen unserer Macht. Typisch deutsch ist das Sprichwort, „das Kind mit dem Bade ausschütten". An der Schwelle des Hitlerreiches hatte Deutschland zweifellos gewisse berechtigte Forderungen an die Welt. Auch die Weimarer Republik forderte die Lösung der Korridor-, Kolonial- und Reparationsfrage, kurz, die Liquidierung von Versailles. Hätten die anderen Demokratien unserer Republik damals, als sie im Kampf auf Leben und Tod lag, etwas unter die Arme gegriffen, Europa wäre heute vielleicht eine friedliche Völkergemeinschaft, denn diese maßvollen Forderungen wären ohne Krieg zu erfüllen gewesen. Als aber die Nazis Europa beherrschen und in ihr System zwingen wollten, da waren die Grenzen des Gesunden überschritten und der Krieg unvermeidlich.

Die Maßlosigkeit, der Mangel an einem festen Standpunkt, gilt auch im Kleinen für den, der das Kind mit dem Bade ausschüttet und sagt: „Ich will überhaupt nichts mehr wissen von Parteien und von Politik." Dies ist ein deutliches Zeichen für politische Unreife. Nach dem Übernationalismus der Hitlerzeit, der oft geradezu an Hysterie grenzte, konnte man es nach der Niederlage im Zusammenbruch erleben, wie alles abbröckelte, der Oberschlesier wollte auf einmal Pole sein, der Ostmärker Österreicher, der Saarländer Franzose, der Sudetendeutsche Tscheche. Der Reichsdeutsche selbst schwankte oft wie ein Rohr im Winde und hätte sich vielleicht nicht gesträubt gegen eine Aufteilung des Reiches, mancher Rheinländer machte in Separatismus, der Nazi wurde „Kommunist", wenn ihm der Amerikaner nicht gefiel, oder „Demokrat", wenn ihm der Russe nicht gefiel. Ich, der ich mich im Kriegsgefangenenlager in Amerika offen als Demokrat und Antinazi bekannte und deshalb in Lebensgefahr schwebte, ich schämte mich nachher manchmal darüber, wie wenig echt der ganze nationale Rummel der Nazis war. Ich, der ich als Verräter bezeichnet wurde, nur weil ich vorher schon wußte, daß die Nazibanditen

C 97 - 03245

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

unser Vaterland dem Abgrund entgegenführten, liebe mein Vaterland heute genau noch so wie früher, und denke nicht daran, mich heute weniger als Deutscher zu bekennen als zuvor.

Damit komme ich zu dem dritten Hauptfehler der Deutschen: Dem Mangel an „Zivilcourage", sowie die Unlust zur Verantwortung und das blinde Verehren oder Unterwerfen gegenüber der Macht, welcher Art sie auch sei.
Ich habe als Stalingradkämpfer Tapferkeit vor dem Feind erlebt; ich behaupte nicht von mir, daß ich je zu den Tapfersten gehörte, obwohl die Furcht mir damals merkwürdig fremd war, aber um so mehr war ich in Amerika über die Feigheit der Masse der Kriegsgefangenen in den Gefangenenlagern erstaunt, derselben Masse, aus der so tapfere Soldaten hervorgegangen waren. Es war den wenigen Nazifanatikern und Gestapo-Agenten im Gefangenenlager ein leichtes, die große Masse trotz allem immer wieder bis zuletzt in Schach zu halten, nur durch Lüge und Terror. Wie klein war da das Häuflein der Aufrechten, die die Wahrheit erkannten und den Mut dazu hatten, sie zu verkünden! Ich empfand diesen Mangel an Zivilcourage einerseits und die soldatische Tapferkeit andererseits stets als einen merkwürdigen Widerspruch des deutschen Charakters. Nun ist es an der Zeit, diese Eigenschaften zu erkennen, die uns zum Verhängnis wurden. Heute, im Zeitalter der Atombombe, ist es, so hoffen wir, mit der kriegerischen Tapferkeit vorbei. Nie wieder können wir Deutsche durch den Krieg eine Verbesserung unserer Lage erhoffen. Eines aber, das brauchen wir heute mehr denn je: Zivilcourage. Wir müssen wieder den Mut finden zur politischen Willensbildung. Denn die Bildung eines neuen politischen Willens zur Schaffung eines demokratischen Deutschlands ist heute eine Frage auf Leben und Tod des Deutschen Reiches; es ist die Voraussetzung zur Schaffung einer deutschen Zentralgewalt. Beginnt diese politische Willensbildung nicht jetzt schon, so müßten wir uns bei dem heutigen Chaos, der Apathie und Lähmung des politisch-nationalen Lebens mit einem Zerfall des Reiches und damit eines Vaterlandes der Deutschen abfinden. Mit dem wirtschaftlich-technischen Wiederaufbau muß der politisch-nationale Aufbau Hand in Hand gehen. Dieser hängt aber von dem Erstarken der Träger des politischen Willens in jeder Demokratie, nämlich der politischen Parteien ab.

Als Einsatz dafür muß von jedem politisch Interessierten — und wer kann gegenüber unserem Schicksal gleichgültig sein? — gefordert werden, was ihm im Hitlerreich fehlte, nämlich politischen Mut oder Zivilcourage, wie ich es nennen will. Hätte das deutsche Volk in seiner Masse sie besessen, wir hätten unseren Verderbern noch das Zepter aus der Hand reißen können, selbst, wenn es erst am 20. Juli 1944 gewesen wäre. (Aber das Schicksal scheint es so gewollt zu haben, daß wir den Becher des Leidens bis zur Neige trinken mußten, damit nicht wieder eine Dolchstoß-Legende entstehen kann.) Nicht der zieht die richtige Lehre aus der Vergangenheit, der müde und resigniert in die „unpolitische", d. h. verantwortungslose und feige Haltung zurückversinkt, sondern derjenige, der gerade jetzt mutig mit zupackt, an der Verantwortung zu tragen. In einer Demokratie können solche Menschen nicht zahlreich genug sein, weil eines ihrer Hauptprinzipien die Selbstverwaltung, insbesondere die kommunale Selbstverwaltung, ist. Selbstverwaltung aber heißt Verteilung der Verantwortung bis in die kleinsten Verästelungen des staatlichen Lebens.

Soviel über die Notwendigkeit politischer Willensbildung, über das für eine Demokratie unerläßliche Mittel der politischen Parteien. Ich habe mich bewußt bisher allgemein gehalten und nicht für eine bestimmte politische Partei geworben, denn auch die Parteien müssen sich ihrer Grenzen bewußt sein. Es ist das Wesen der Demokratie, daß keine der echt demokratischen Parteien einen Totalitätsanspruch erhebt, daß vielmehr ein reibungsloser Wechsel einer Partei von der Regierung in die Opposition und umgekehrt von der Kritik in die Verantwortung möglich sein muß. Wir müssen uns auch in Deutschland daran gewöhnen, daß Kritik und Opposition nicht Kampf und Krieg bedeuten, sondern daß Kritik notwendig und legal, die Opposition genau so eine Lebensberechtigung besitzt und eine Notwendigkeit im Interesse des Staates darstellt, als die Regierung selbst. Wohl sollen die Parteien in Wettbewerb treten, damit diejenige an die Macht kommt, die die besten und fähigsten Köpfe hervorbringt, aber dieser Wettbewerb soll fair sein, und um der Sache, d. h. dem Wohl des Volkes willen erfolgen, und nicht um persönlicher Feindschaft oder Gruppeninteressen willen. Ein Parteigegner ist für mich kein persönlicher Feind, sondern es ist meine Aufgabe, mich mit seiner Ansicht auseinanderzusetzen. Zumindest muß ich ihn als Persönlichkeit achten, wenn ich auch seine Meinung nicht teilen kann. Das ist politische Reife. Man betrachte sich einmal den Re-

C 97 - 03245

gierungswechsel in England, wie reibungslos dort ein so bedeutsamer und grundsätzlicher Wechsel von der konservativen zur Arbeiterregierung vonstatten ging!

Obwohl es notwendig und sogar wünschenswert ist, daß zur Verantwortung und Politik ein gewisser Mut gehört, so möchte ich doch den ewig Ängstlichen, die da sagen: „Es kann auch wieder anders kommen", zurufen: „Nein, es kann nicht wieder anders kommen". Der Faschismus ist für immer erledigt. Das ist die geschichtliche Lehre dieses Krieges. Es war unser Unglück, daß wir mit den Völkern Krieg führten, die die demokratischen Ideale vertreten. So hart es für uns ist, uns mit der Niederlage Deutschlands abzufinden, so müssen wir heute doch erkennen, daß die Niederlage des Faschismus, der die Völker Europas vergewaltigen wollte, notwendig war, damit die demokratischen Ideale nicht untergehen. Ihr Sieg aber liegt zweifellos im Sinne der geschichtlichen Entwicklung, von der man annehmen sollte, daß sie auf eine vernünftigere Welt- und Völkerordnung hinstrebt. Mit dem militärischen Sieg der Demokratien ist aber erst die Voraussetzung für den Sieg der demokratischen Ideale geschaffen. Leider sieht es heute in dieser verworrenen und haßerfüllten Nachkriegszeit noch nicht so aus, als stünde ihr Sieg unmittelbar bevor. Ihre Verwirklichung fiel keinem Volk und wird auch der Welt als Ganzem nicht mühe- und kampflos in den Schoß fallen. „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß". Sie wollen errungen sein im Kampf mit den dunkeln Mächten der Unvernunft, der Kurzsichtigkeit, der Machtgier und des engstirnig nationalen und persönlichen Egoismus.

Die geschichtliche Situation ist heute die, daß die demokratischen Ideale in den großen westlichen Demokratien bereits weitgehend verwirklicht sind oder doch von Staats wegen stets angestrebt werden, daß auch Sowjetrußland langsam auf die Demokratie in ihrer sozialistischen Form hinsteuert und die demokratischen Ideale zumindest theoretisch anerkennt und schließlich auch die übrige Welt wie z. B. China sich auf dem Wege zur Demokratie befindet. Darüber hinaus beginnen sich die demokratischen Ideale auch im Völkerleben immer sichtbarer durchzusetzen, wenn wir an die Weltorganisation der Vereinigten Nationen, die Atlantik-Charta und ähnliche Dokumente denken. Nun steht die Welt vor der Alternative: Entweder werden diese Ideale und dementsprechenden Erklärungen in die Tat umgesetzt, oder unsere Kultur geht in einem dritten Weltkrieg ihrem Ende entgegen. Ohne ihre Verwirklichung wird die Welt nicht mehr vorwärts und aus dem Zeitalter der Weltkriege herauskommen. Mit der Entfesselung der Atomenergie schleudert uns die Technik eine furchtbare Mahnung entgegen. Nun hat die Politik die Voraussetzungen zu schaffen, um diese Energien dem Aufbau und nicht der Zerstörung nutzbar zu machen.

Welches sind nun die demokratischen Ideale, von deren Anerkennung und Verwirklichung die Zukunft der Völker abhängt? Sie sind ganz einfach die Stimme der Vernunft und der Moral, sie sind das Erbe unserer abendländischen Kultur, das Ergebnis der jahrhundertelangen Kämpfe der westlichen Welt um die Anerkennung der Freiheit und Würde des Einzelmenschen. Die Stadtrepubliken des Altertums waren ein Anfang, die Renaissance, die französische Revolution, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die englische Verfassungstradition sind Meilensteine auf dem Weg zur Erkämpfung der grundsätzlichen Freiheiten: 1. Freiheit der Rede, Schrift und Forschung. 2. Freiheit der Gottesverehrung. 3. Freiheit der Versammlung und 4. Freiheit der Person. Die letztere ist das Objekt des Rechtsstaates mit dem Grundsatz: „Keine Strafe ohne Gesetz". Mit der Einrichtung einer Geheimen Staatspolizei, die jeden, auch ohne ein Gesetz zu fragen, verhaften konnte, ohne Verteidigung, ordentliches und öffentliches Gerichtsverfahren und Berufungsmöglichkeit, hatte Deutschland aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein. Präsident Roosevelt faßte die Idee in der klassischen Formulierung der vier Freiheiten zusammen: Freiheit der Rede, Freiheit der Religion, Freiheit von Furcht, Freiheit von Mangel. Die beiden letzteren sind heute die aktuellsten. Freiheit von Furcht heißt heute nicht nur Freiheit vor willkürlicher Verhaftung durch eine geheime Polizei, sondern es bedeutet die Sicherheit des Bürgers, sein Leben zu Ende leben zu können, ohne Furcht vor der Drohung und den Schrekken des Krieges. Freiheit von Mangel aber bedeutet die Forderung einer dementsprechenden Gesellschaftsordnung und Weltorganisation. Beide greifen eng ineinander und stellen die geschichtliche Aufgabe unserer Gegenwart dar. Ihre Lösung fordert die Übertragung der demokratischen Ideale auf das Völkerleben durch die rückhaltlose Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker: Kein Volk soll

das andere unterdrücken, ausbeuten, gegen seinen Willen beherrschen oder ihm Provinzen entreißen; der Wille der bodenständigen Bevölkerung sei in den Grenzgebieten ausschlaggebend.

Es würde hier zu weit führen, auf den Sinn und die Bedeutung des Begriffes der Freiheit einzugehen, aber es versteht sich von selbst, daß Willkür und Verantwortungslosigkeit keine Freiheit ist, daß Freiheit ihre natürliche Grenze da findet, wo die Freiheit des Nachbarn beginnt. Dies gilt ebenso für die Freiheit der Person als auch für die Freiheit der Völker. Bisher galt im Völkerleben, wie vor Zeiten im Leben des Individuums das Dschungelgesetz: Macht ist Recht. Mit der Anerkennung und wirksamen Durchsetzung des Völkerrechts durch den Weltgerichtshof und die Weltkonferenz haben wir die Gewähr, daß, was auch immer für Übergriffe vorkommen mögen, diese ebensowenig durch Gesetz und Verfassung geschützt werden, wie die Eingriffe gegen die Menschenrechte im demokratischen Rechtsstaat, ja daß sogar die Möglichkeit einer gewaltsamen Verhinderung von zwischenvölkischen Rechtsbrüchen besteht.

Wir sehen also, daß Demokratie mehr bedeutet als lediglich eine bestimmte Regierungsform, also Volksherrschaft durch Wahl, Volksvertretung, Mehrparteiensystem, Legalität von Opposition und positiver Kritik. Auch das deutsche Volk muß jetzt beginnen, von sich aus die Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der demokratischen Ideale anzuerkennen. Es ist zwar gewiß unerfreulich, daß wir uns diese Freiheiten nicht, wie die westlichen Demokratien, selbst erkämpft haben, sondern sie uns gewissermaßen jetzt aufzwingen lassen müssen. Aber wir müssen auch einsehen, daß es sich um einen unausweichlichen, geschichtlichen Entwicklungsprozeß und um die Erfüllung unserer eigenen Sehnsucht handelt und nicht um die Aufzwingung einer uns fremden Regierungsform, wie der Nazismus behauptet hat.

Wir haben selbst eine lange demokratische Tradition. Nur unterscheidet sie sich von derjenigen der westlichen Völker dadurch, daß in Deutschland bisher stets die demokratischen Tendenzen unterdrückt und besiegt wurden von den Kräften der Reaktion: Hochkapitalismus, Junkertum, Militarismus, Bürokratie und bisweilen auch Bürgertum. Die erste demokratische Erhebung scheiterte im Bauernkrieg, die zweite 1848, und das dritte Experiment endete im Nazismus. In allen Fällen siegte die Reaktion über das Volk. Nun ist dem Volk die große Gelegenheit gegeben, indem die Reaktion durch ihr eigenes Verschulden, d. h. die Dummheit ihrer Politik, machtlos am Boden liegt. Die Rittergüter werden aufgeteilt, die Konzerne zerschlagen, die Schwerindustrie sozialisiert — wenn die Alliierten sie uns überhaupt belassen —, der Militarismus und Nazismus augerottet. In seltener Blindheit hat sich so die Reaktion in Deutschland durch den Bund mit dem Demagogen Hitler selbst ihr Ende bereitet. Das deutsche Volk aber als trauernder Hinterbliebener sollte jetzt endlich einsehen, daß diese Kräfte uns nie zum Segen, sondern jedesmal über den Krieg in die Niederlage und Fremdherrschaft geführt haben. Hätten die demokratischen Kräfte 1848 gesiegt, ich glaube, unserem Europa wäre dieser Krieg erspart geblieben. Ein Großdeutschland auf demokratischer Grundlage hätte sich damals ohne Gewaltanwendung in den Rahmen der demokratischen westlichen Welt einfügen können.

Heute ist Demokratie unser Schicksal und der Sieg der demokratischen Ideale in der Welt die letzte Möglichkeit, unsere Lebensrechte gegenüber den Siegern zu wahren. Handeln diese nicht nach den allgemein anerkannten und proklamierten Idealen, für die zu kämpfen sie behaupteten, dann wird Deutschland untergehen, mit ihm aber auch Recht und Gerechtigkeit und damit die Aussicht auf einen Frieden und eine bessere Weltordnung.

Mit den bisherigen Ausführungen habe ich dargelegt, daß die Demokratie im weitesten Sinne des Begriffes unsere Aufgabe ist, unsere Zukunft und unsere Hoffnung. Nur, wenn Deutschland demokratisch wird, ist ihm eine stetige Entwicklung gesichert, eine Einordnung in die europäische Völkergemeinschaft und in die Weltorganisation möglich. Nur von einem Sieg der demokratischen Prinzipien bei der von den Alliierten zu schaffenden europäischen Neuordnung können wir die Erhaltung unserer Ostprovinzen erhoffen, von deren Verbleib im Reichsverband — selbst wenn wir einmal vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und von Recht und Gerechtigkeit absehen würden — die Sicherung unserer Volksernährung abhängt. Denn es liegt heute schon klar auf der Hand, daß die an sich schon übervölkerten westlichen und südlichen Teile des Reichs die Millionenmassen der deutschen Flüchtlinge aus dem Osten nicht aufnehmen können, ohne einer dauernden Hungersnot entgegenzugehen.

Ich habe bereits dargestellt, daß die Demokratie das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung der westlichen Völker ist und sich allmählich auf die übrige Welt auszudehnen beginnt. Der Mensch des Obrigkeitsstaates fühlt sich als Objekt, der Mensch des Volksstaates als Subjekt im Staate. Diese Entwicklung zur Demokratie beschränkt sich nicht nur auf die politische Sphäre, sondern greift auch in das Gefüge der Wirtschaft ein; zunächst durch die Bildung von Gewerkschaften und von Betriebsräten. Die richtige Durchführung des Betriebsrätesystems hat man als Wirtschaftsdemokratie bezeichnet. Am Ende dieser Entwicklung aber steht der Sozialismus! Nachdem sich die sozialistischen Parteien heute in fast allen Ländern Europas, insbesondere jetzt auch in England durchgesetzt haben, dürfte es an sich schon außer Zweifel sein, daß auch in Deutschland die Entwicklung dorthin führen wird. Bei uns ist die Sozialisierung sogar in erhöhtem Maße eine Notwendigkeit geworden. Die Zeiten der „freien Wirtschaft" sind unwiederbringlich vorbei. Ohne Lenkung der Produktion kommen wir heute und in Zukunft nicht mehr aus. Darüber hinaus können aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht mehr einzelne Unternehmer oder Aktiengesellschaften über die nationalen Reichtümer, Bodenschätze und Energiequellen verfügen, sondern das wird Sache der Gesamtheit, des Staates sein. Wer aber sagen sollte, daß freie kapitalistische Wirt- und Demokratie zusammengehören, der hat den Sinn der Entwicklung noch nicht verstanden. Demokratie und Sozialismus sind nicht nur nicht vereinbar, sondern gehören folgerichtig zusammen, denn Demokratie heißt auch in der Wirtschaft gleiches Recht und gleiche Chance für alle. Das aber schließt das „mühelose Einkommen" aus Kapital und Aktien ebenso aus, wie den Besitz von nationalen Bodenschätzen, Monopolen oder soviel Grundbesitz, daß man ohne eigene Arbeit davon leben kann. Diese Entwicklung nahm heute bereits ihren Anfang in England und Frankreich in Form von Verstaatlichung der Bergwerke, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Schwer- und Rüstungsindustrie usw. Damit ist der Kern der Sache getroffen, während man doch wohl vom doktrinären Marxismus abgegangen ist, der ja die Enteignung aller Produktionsmittel verlangt. Der heutige Sozialist denkt also nicht an die Enteignung des bäuerlichen Grundbesitzes, sowie der handwerklichen und gewerblichen Produktionsmittel; ebensowenig an die „Verstaatlichung" der kleinen und mittleren Industriebetriebe. Bei letzteren kommt nur eine engere Beteiligung aller Werksangehörigen am Gewinn in Frage. Wir werden dann, wie es heute sowieso schon in vielen Fällen Tatsache geworden ist, keine einzelnen „Besitzer" mehr haben, sondern nur noch einen „Betriebsführer" bzw. Leiter des Betriebes, der natürlich auch entsprechend am Gewinn des Unternehmens beteiligt ist. Wir sehen also, daß in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die vielgerühmte „Privatinitiative" keineswegs aufhört, sondern gegenüber dem kapitalistischen System eher noch erhöht und vermehrt wird: Erhöht dadurch, daß der Betriebsführer bei Untüchtigkeit oder Versagen jederzeit abgesetzt werden kann, und vermehrt dadurch, daß alle Schaffenden irgendwie am Gewinn beteiligt sind und an der Verantwortung mittragen.

Im heutigen Deutschland ist der Sozialismus nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit, denn ein Wiederaufbau der Industrie und der Städte aus „privater Initiative" heraus liegt gar nicht mehr innerhalb der Möglichkeiten des privatkapitalistischen Systems. Die Finanzierung des Wiederaufbaus ist selbst für den sozialistischen Staat noch ein gewaltiges, wenn überhaupt mit den bisherigen Methoden lösbares Problem. Außerdem sind wir heute soweit, daß eine willkürliche oder Zwangsenteignung nicht erst vorgenommen zu werden braucht, denn diese Enteignung hat bereits stattgefunden in Form der ungeheuren Zerstörungen und Kosten, die der Krieg verursacht hat. Unser Geld ist praktisch entwertet, da es zu vier Fünftel ungedeckt ist, die zerstörten Fabriken sind entwertet und diejenigen, die ihren Besitz durch glückliche Umstände über den Krieg gerettet haben, werden kaum erwarten können, ungeschoren zu bleiben. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung tut zudem noch das übrige, um den Sozialisierungsprozeß zu beschleunigen und zu „erleichtern". Mit der Sozialisierung der Schwerindustrie wird außerdem den Befürchtungen der Alliierten die Spitze abgebrochen, daß die Großindustriellen wieder einen ähnlich verderblichen Einfluß auf die deutsche Politik nehmen könnten wie in der Vergangenheit.

Zusammen mit der Überwachung der industriellen Produktion Deutschlands ist also dann nicht mehr der geringste Anlaß vorhanden, warum die Alliierten einem demokratischen Deutschland aus Sicherheitsgründen die Schwerindustrie verbieten sollten. Die Schwer-

industrie ist das Rückgrat und Fundament jeglicher industriellen Fertigung, ohne sie wäre eine konkurrenzfähige deutsche Industrie ebenso unmöglich wie die Beschäftigung und Ernährung unserer Arbeiterschaft auf dem eingeschränkten Raum des neuen Deutschland.

Nur in der Synthese von Sozialismus und Demokratie kann es also eine deutsche Zukunft geben. Man müßte daher heute eine Sozialdemokratische Partei gründen, wenn es nicht schon eine solche mit langer Tradition gäbe. In dieser Tradition mag mancher alte Genosse heute eher eine Bürde sehen als einen Aktivposten und daher wegen der von der SPD der Weimarer Zeit gemachten Fehler dazu neigen, zur KPD überzutreten. Ich will diese Fehler nicht aus dem geschichtlichen Zusammenhang heraus erklären oder damit rechtfertigen, daß jede Partei an der Macht einmal Fehler macht bzw. Handlungen begeht, die sich in späteren Jahren als Fehler herausstellen. Tatsache ist es aber — und das bestätigt mir meine Erfahrung mit der Presse und einigen Vertretern der sozialdemokratischen Emigration in Amerika — daß die ehemaligen Parteiführer selbst alle diese Fehler am besten erkannt und am gründlichsten studiert haben. Mehrmals wurde in Amerika von solchen Emigranten an mich die Frage gerichtet, wie sich die Heimat zu ihrer Rückkehr stellen würde, besonders im Hinblick darauf, daß diese Emigranten die Leiden des deutschen Volkes in diesem Krieg nicht miterlebt haben. Ich habe die Meinung vertreten, daß es äußerst wünschenswert sei, wenn wenigstens einige der „alten Garde" zurückkehren würden, um mit uns Jungen oder Daheimgebliebenen den Schatz ihrer reichen Erfahrungen austauschen zu können. Sie hatten nicht nur die Muße, das Vergangene gründlich zu studieren, sondern auch den notwendigen Abstand und die Auslandskenntnis, um das Zeitgeschehen richtiger beurteilen zu können. Außerdem hängen viele und gerade unter den Sozialdemokraten mit heißem Herzen an ihrem Vaterland. Ich brauche wohl heute kaum noch betonen, daß es nicht so ist, wie die Nazipropaganda es immer darzustellen versuchte, als ob die Emigranten alle Vaterlandsverräter gewesen seien. Gewiß, es gab einige darunter, besonders unter den Juden, wie z. B. Emil Ludwig, die nicht nur den Nazismus, sondern alles Deutsche angegriffen und mit Schmutz besudelt haben, kurz, die sich überhaupt nicht mehr als Deutsche fühlten. Um so anerkennenswerter ist daher der stille Kampf, den die sozialdemokratische Emigration in Amerika, insbesondere ihre New-Yorker „Neue Volks-Zeitung" gegen die ungerechtfertigte Hetzpropaganda und für die Schaffung eines existenzfähigen demokratischen Deutschlands führt.

Aus einer kurzen Schilderung der Hauptfehler der sozialdemokratischen Politik der Weimarer Zeit möge man zugleich ersehen, daß eine Wiederholung dieser Fehler gar nicht mehr möglich ist. Zu diesen Hauptfehlern gehören meiner Ansicht nach drei:

1. Das Versäumnis der Schaffung einer republikanischen Reichswehr. Damit wäre nicht nur dem reaktionären preußischen Militarismus und Junkertum der Nährboden entzogen worden, sondern es wäre der Republik auch eine schlagkräftige, jederzeit bereite Garde entstanden, um den Schutz der Verfassung zu übernehmen.

2. „Zu wenig sozialistisch in der Praxis und zu doktrinär-marxistisch in der Theorie". Während man das Problem der Sozialisierung des Bergbaus, der Großindustrie und der Latifundien nicht energisch genug vorangetrieben hat und damit zwei Herde der Reaktion am Leben erhielt, hatte man durch die doktrinär-marxistische Einstellung weite Kreise des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes abgeschreckt und damit die Bildung einer wahren „Volksfront" verhindert. Der heutige Sozialist kann die Lehre von Karl Marx nicht mehr als Dogma auffassen, sondern nur als einen geschichtlichen Meilenstein der ökonomischen Entwicklung. Manche der Marx'schen Vorhersagen haben sich als richtig, andere wieder als falsch erwiesen. Seine Weltanschauung war in vieler Hinsicht einseitig, aber immerhin originell, bemerkenswert und geboren aus dem Erfahrungsschatz einer um hundert Jahre zurückliegenden Zeit. Wenn ich neben dem „historischen Materialismus" von Karl Marx noch an die sozialistische „Milieu-Theorie" denke, dann muß ich auch hier sagen, daß vieles Richtige zwar daran ist, daß aber auch sie nicht allumfassend ist. Nachdem uns die Biologie heute auch über die Vorgänge und Gesetze der Vererbung aufgeklärt hat, ist eine richtig verstandene und richtig angewandte Eugenik und Rassenhygiene eine Forderung des modernen Staates. Diese ist auch im demokratischen Staat am Platze, unabhängig davon, ob die

Naziregierung solche Maßnahmen getroffen hat oder nicht, denn es kann auch dem demokratischen Deutschland nicht gleichgültig sein, ob wir in hundert Jahren eine gesunde und erbtüchtige Bevölkerung oder eine wachsende Anzahl von geistigen und körperlichen Krüppeln und Degeneraten haben werden. In keiner Hinsicht würde es schaden, wenn die neue Sozialdemokratische Partei etwas von dem Realismus der britischen Arbeiterpartei übernehmen würde.

3. „Zu wenig national nach innen und zu wenig international nach außen". Damit will ich folgendes sagen: Man hat es regelrecht versäumt, sowohl den reaktionär-nationalistischen Putschisten als auch der Nazibewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies hätte vor allen Dingen schon auf der Schulbank geschehen müssen, und durch Heranbildung einer demokratisch-zuverlässigen Lehrerschaft (und Beamtenschaft), durch Aufklärung über das Wesen und Funktionieren des demokratischen Staates und die wahren Ursachen des Zusammenbruchs, Aufklärung über die Geschichtsfälschungen von der „Novemberrevolte" und dem „unbesiegten Heer" und die sich daran anknüpfende Dolchstoß-Legende. Andererseits hätte die Sozialdemokratie ruhig öfters betonen können, daß sie eine durchaus nationale Partei ist, d. h., daß sie das nationale Interesse über alles stellt, wie unter den demokratischen Regierungen Deutschland einen langsamen, aber sicheren außenpolitischen Aufstieg nahm usw. Auch kann man heute die Klassenkampf-Idee im altmarxistischen Sinne beiseitelegen, da die alten reaktionären Kräfte nunmehr ihr Ende gefunden haben. Mit der Durchführung der Sozialisierung in der beschriebenen Weise hat der Klassenkampf seine Bedeutung verloren, da das Ziel erreicht sein wird. Ein Klassenkampf innerhalb der „Volksfront" aber wäre absurd.

In der Außenpolitik ist kein Grund vorhanden, warum die Sozialdemokratie nicht ebenso stramm, aber vernünftiger die nationalen Interessen wahrnehmen könnte, als eine Rechtspartei. Dem steht keinesfalls im Wege, daß sie durch Pflege internationaler Beziehungen versucht, das Vertrauen wiederherzustellen, wozu sie befähigter ist, als eine nationalistische Partei. Vor allem aber wäre es ihre Aufgabe, — und deshalb meinte ich, die Weimarer SPD wäre zu wenig international gewesen — engste Fühlung mit den Arbeiterbewegungen der andern europäischen Länder aufzunehmen, damit wir vorwärtskommen in den Bestrebungen um einen europäischen Zusammenschluß auf demokratisch-sozialistischer Grundlage, gewissermaßen als goldenen Mittelweg zwischen dem sozialistisch-totalitären Rußland und dem kapitalistisch-demokratischen Amerika, — der für westeuropäische Verhältnisse angemessenen Lösung.

Nach dieser grundsätzlichen Darstellung der sozialistischen Demokratie muß ich nun aber noch einen durchaus praktischen und zeitgemäßen Anhang hinzufügen. Nichts zeugt von größerem Unverständnis des Wesens der Demokratie, als die heute so oft zu hörende dumme Äußerung: „Ist das vielleicht Demokratie, wenn ich am Wiederaufbau arbeiten muß oder kein Geschäft gründen darf oder einer Vermögensabgabe unterworfen werde usw. usw.". Alle diese Herren, die bis jetzt in der Demokratie nur ein Schutzmäntelchen für ihre eigene Bequemlichkeit, Eigensucht und Verantwortungslosigkeit sehen, werden noch gewaltig umlernen müssen. Von alledem ist bei den demokratischen Prinzipien überhaupt nicht die Rede. Wohl werden wir Geistes- und Gewissensfreiheit haben, wohl werden wir wieder ein Rechtsstaat werden, in dem jeder frei von Furcht leben kann, wenn er ein reines Gewissen hat. Aber ich habe auch gesagt, was Demokratie für jeden einzelnen Staatsbürger bedeutet: Er ist nicht mehr Objekt, sondern Subjekt im Staate geworden, d. h., er ist mitverantwortlich für das Leben und Gedeihen des Staates. Er muß selbst einsehen und erkennen, daß sich seine Pflichten dem demokratischen Staat gegenüber nach den Umständen, der jeweiligen Lage, wie sie aus dem Zeitgeschehen erwachsen ist, richten müssen. Die Demokratie muß in Zeiten der Not dasselbe verlangen, was in jeder anderen Staatsform auch verlangt werden muß. Wir müssen uns daher heute darüber klar sein, daß die Frage des Wiederaufbaues und der hundertprozentigen Mitarbeit aller eine Frage auf Leben und Tod für unser Volk ist. Es dürfte deshalb kein Zweifel darüber bestehen, daß, sobald wir wieder eine starke zentrale Regierungsgewalt haben werden, der Wiederaufbau den Einsatz von jedem einzelnen erfordern wird.

Wir befinden uns heute noch in einem Zustand derartiger Lethargie, daß es z. B. dem Arbeits-

amt der Stadt Karlsruhe bei 145 000 Einwohnern und vielen tausenden von Arbeitslosen nicht möglich ist, auch nur tausend Arbeitskräfte zur Schuttbeseitigung aufzutreiben. So gering ist noch das Verantwortungsbewußtsein und der Wille zum Wiederaufbau. Nur Maßnahmen von größter Tragweite können daher heute zum Erfolg führen. Dazu halte ich eine grundsätzliche Arbeitsdienstpflicht für jeden Deutschen, ob Mann, ob Frau, von 10—70 Jahren über eine Zeitdauer von etwa 5 Jahren für notwendig. Denn, was im Kriege im Dienste der Vernichtung möglich war, sollte doch auch im Dienste des Friedens und Wiederaufbaus möglich sein. Jeder müßte etwa einen Tag in der Woche an der Schuttbeseitigung unentgeltlich arbeiten, gleichgültig, ob er Arbeiter, Geschäftsmann, Angestellter oder Beamter ist. Alle Arbeitslosen und Bauhandwerker sind voll beschäftigt am Wiederaufbau, und zwar gegen Vergütung. Die Schulen müßten einen Wiederaufbautag in der Woche einführen. Auch viele Frauen, soweit es sich nicht um Mütter von kleinen Kindern handelt, könnten herangezogen werden. Vor allem aber müßte man in weit größerem Maße auf die „nicht einsatzfähigen" Männer zurückgreifen; denn es ist heute — auch eine traurige Erbschaft des Krieges — eine harte Tatsache, daß nicht mehr als 10 Prozent aller Männer körperlich voll einsatzfähig sind! Wir können es uns aber nicht leisten, 90 Prozent der Arbeitskräfte brach liegen zu lassen oder nur für Bürodienste usw., wofür außer Fachkräften nur Schwerkriegsbeschädigte in Frage kommen, einzusetzen. Ihr Einsatz beim Wiederaufbau ist durchaus möglich, denn es werden hierfür nicht nur Schwerarbeiter benötigt, sondern auch Ziegelsteinputzer, Lorenschieber, Maschinisten, Lokführer usw. Wie viele 60—70jährige sieht man heute Holz fällen, sägen und spalten, warum sollten diese nicht auch 2—3 Tage in der Woche Ziegelsteine putzen können? Die Stadt kann hierfür unmöglich länger Vollarbeiter einsetzen, nicht nur wegen der Verschwendung von Arbeitskräften, die anderswo dringend benötigt werden, sondern vor allem auch aus finanziellen Gründen. Darüber hinaus ist selbstverständlich zur Finanzierung des Wiederaufbaus eine allgemeine Einziehung aller im Dritten Reich und im Kriege erworbenen Vermögenswerte, einschließlich der Barguthaben über einen gewissen Mindestbetrag hinaus notwendig. Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß man allen aktiv am Wiederaufbau Beteiligten besondere Lebensmittelzuteilung, und wenn es auf Kosten der Nichtbeteiligten wäre, geben müßte, denn von der Ernährung hängt die Arbeitsleistung in hohem Maße ab. Am Ende aber wird das Volk dann sagen können: „Das ist unser Werk, damit haben wir uns den Sozialismus verdient."

Ich glaube, daß diese Andeutungen schon genügen werden, um jeden zum Nachdenken darüber anzuregen, was für Maßnahmen notwendig sein werden, damit das große Werk des Wiederaufbaus überhaupt gelingen kann. Das übrige liegt weitgehend außerhalb unserer Macht. Es hängt davon ab, ob die Alliierten, denen wir unsere Befreiung vom Nazijoch verdanken müssen, ein lebensfähiges demokratisches Deutschland zulassen oder nicht. Lebensfähig ist Deutschland aber nur, wenn seine Einheit in den Grenzen von 1918 bzw. 1937 erhalten bleibt, das Ruhrgebiet nicht internationalisiert wird, die deutsche Schwerindustrie in der geschilderten Form und in dem unbedingt erforderlichen Ausmaß erhalten bleibt, ebenso wie das Deutsche Reich als dezentralisierter Einheitsstaat. Damit komme ich wieder zum Anfang meiner Ausführungen zurück, daß wir nämlich zur Durchsetzung dieser unserer Lebensrechte eine politische Willensbildung brauchen. Dazu ist keine Partei besser geeignet als die sozialdemokratische. Sie ist nicht abhängig von Moskau und sie ist nicht abhängig von Rom. Aber sie kann sich in unabhängiger und freier Freundschaft mit den sozialistischen Parteien Europas, insbesondere mit der britischen Labour-Party verbinden, von der allein bisher Verständnis für unsere Lage gezeigt wurde. Moskau hat uns enttäuscht, weil die Sowjetunion in „bester" imperialistischer Tradition uns Ostpreußen entrissen hat und darüber hinaus den Polen als Entschädigung für die Curzon-Linie weitere deutsche Provinzen zu überlassen scheint. Außerdem weiß man nicht, ob die Kommunisten trotz ihres heutigen Bekenntnisses zur Demokratie, es ernst damit meinen. Wir haben 12 Jahre einer Ein-Parteien-Diktatur hinter uns und ich glaube, daß das genügt. Bei aller Anerkennung der technischen Leistungen des kommunistischen Regimes in Rußland habe ich doch den Eindruck gewonnen, daß von einer geistigen Freiheit und Vielfältigkeit in der Sowjetunion noch lange nicht die Rede sein kann. Denn alles, aber auch alles ist dort so dargestellt, wie es die Kommunistische Partei verlangt: Schulbücher, Presse, Kunst und Literatur, so daß sich diese Eintönigkeit und

Einseitigkeit bestimmt nicht befruchtend auf unsere Kultur auswirken würde. Auch die Verbannung nach Sibirien aus politischen Gründen ist dort noch möglich, was man als eine andere Form der Konzentrationslager ansehen kann. Diese Feststellungen beruhen nur auf persönlicher Erfahrung und nicht auf Büchern, die einen Propagandazweck verfolgen.
Was andererseits eine Alleinherrschaft der Schwarzen bedeuten würde, brauche ich nicht weiter auszuführen, denn davon kann sich jeder überzeugen, wenn er einmal in eine rein schwarze Landgegend, etwa nach Bayern, kommt. Dann ist es mit der Demokratie auch vorbei. (Siehe Österreich zur Dollfuß-Zeit!) Die Sozialdemokratie predigt weder, daß Religion Opium für das Volk sei, noch daß jeder, der nicht der Kirche angehört, deshalb ein unreligiöser oder gar schlechter Mensch sei. Sie tritt ein für religiöse Toleranz, für Trennung von Staat und Kirche, d. h. für Freiheit der religiösen Betätigung aller Kirchen. Wir wollen nicht unsere Kinder mit sechs Jahren schon in nach der Konfession getrennte Schulen schicken, wenn sie später im Lebenskampf zusammenstehen und zusammenarbeiten müssen. Auch soll das Wissen nicht durch die konfessionelle Brille gesehen und gelehrt werden. Wir treten ein für das Prinzip der Humanität, der Achtung der Freiheit und Persönlichkeit des Einzelmenschen. Nur dann haben wir Platz für alle Bekenntnisse, Weltanschauungen und Parteien in unserem Vaterland, wie dies in den großen Demokratien schon lange der Fall ist. Nur dann sind Frieden und Fortschritt möglich, während andererseits nur bei geistigen Spannungen und gegenseitiger Befruchtung unsere Kultur gedeihen kann.

Niemals aber kann sie gedeihen, und nie können wir frei und glücklich werden in einem totalitären System, welcher Art es auch sei. Ein solches System ist wie ein konkurrenzloser Monopolbetrieb. Es fehlt die gegenseitige Kontrolle und Überwachung und damit gibt das Volk die Möglichkeit aus der Hand, die Regierung zu stürzen, wenn sie sich auf verhängnisvollen Pfaden befindet und nicht mehr mit dem Volkswillen übereinstimmt. Es fehlt dann außerdem die Auslese der besten Kräfte im politischen Kampf. Nur so ist es dann möglich, daß sich ein System mit allen Mitteln der Lüge und des Betrugs so etablieren kann, wie das Naziregime.

Die Sozialdemokratische Partei stellt keinen Totalitätsanspruch, sie will aber eine starke Säule sein im Gefüge des demokratischen Staates. Sie will nicht andere Parteien vernichten oder ausschließen, sondern mit ihnen in einem natürlichen und von der Leistung abhängigen Wettstreit um die Führung ringen.

Zunächst aber kommt es ihr darauf an, mit allen aufbauwilligen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, um die übergroße Not unserer Zeit zu meistern. Es ist schon ein erfreuliches Zeichen, daß heute alle Parteien, Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche Demokraten, und liberale Demokraten bereit sind, zusammenzuarbeiten und ihre besten Kräfte dem gemeinsamen Wiederaufbauwerk zur Verfügung zu stellen. Denn mehr als auf Parteiprogramme kommt es heute auf Männer an, die fähig und willens sind, mitanzupacken, damit eine starke und wirksame zentrale Regierungsgewalt geschaffen werden kann, deren Fehlen wir heute täglich schmerzlicher vermissen. Deshalb bekämpft die SPD auch jeglichen Separatismus — der nur feige Charakterlosigkeit und falsche Hoffnung ist, auf Kosten anderer Deutscher sich auf billige Art den Folgen der Katastrophe zu entziehen — und jede Zersplitterung in kleinste Parteien und Interessengruppen, die doch noch nie an dem großen Schicksal etwas ändern konnten. Denn es kann kein Stand und keine Gruppe leben und gedeihen ohne die andere.

Die gemeinsam erlittene Unterdrückung durch das Nazi-Regime und das grauenhafte Erbe, welches diese Gewaltherrschaft hinterlassen hat, haben zur demokratischen Reifung unserer Parteien beigetragen. Ein sichtbares Zeichen hierfür ist die Tatsache, daß die Parteien sich gegenseitig Vertreter zu ihren Versammlungen einladen. Die Atmosphäre ist gereinigt von den Auswüchsen persönlicher Gehässigkeit und unsachlicher Kritik und erfüllt von dem Willen, die Wahrheit als Leitstern aller Bemühungen voranzustellen und sie durch sachliche Kritik zu erstreben. Aus diesem Geiste heraus wird dann wieder eine Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung zusammentreten können, um auf der Weimarer Verfassung aufbauend und unter Berücksichtigung der in der Weimarer Republik gemachten Erfahrungen eine Reichsverfassung zu schaffen, die zu schützen und zu bewahren das deutsche Volk als seine vornehmste Aufgabe betrachten kann.

Wenn wir diese neue deutsche Republik geschaffen haben werden und das schwarz-rot-goldene Freiheitsbanner als Wahrzeichen eines glücklicheren demokratischen Deutschlands

auf allen Gebäuden begeistert gehißt werden wird, dann haben wir das Gefäß geschaffen, um unsere sozialistische Idee zu verwirklichen.

Sozialismus ist für uns heute keine Utopie mehr, die in ferner Zukunft einmal Wirklichkeit werden soll, sondern es ist die unmittelbare Aufgabe unserer Nachkriegsgeneration. Für unser am Boden liegendes Deutschland und darüber hinaus für ganz Europa ist er eine Notwendigkeit, wenn der Wiederaufbau des zerstörten Kontinents überhaupt gelingen soll.

Die Völker Europas haben das auch heute eingesehen, wie uns die sozialistischen Wahlsiege in den verschiedenen Ländern schon zeigen. Wir machen uns jedoch auch nicht die Illusion, von einer Änderung der Gesellschaftsordnung nun alles Heil und den Himmel auf Erden zu erhoffen. Wohl erwarten wir vom Sozialismus eine bessere und gerechtere Verteilung der Lebensgüter, aber vorläufig ist der Lebensstandart einer Gemeinschaft, eines Volkes, noch von anderen Faktoren mit abhängig: Seinen Menschen, seinem Boden, seinen Rohstoffen, seinem Raum, seiner geographischen Lage und schließlich seiner historischen Situation (verlorener Krieg, Reparationen usw.). Der Einfluß dieser Faktoren geht erst dann zurück, wenn der Sozialismus die Weltwirtschaft auf eine bessere Grundlage gestellt haben wird. Aber heute erkennen wir doch auf allen Gebieten bedeutungsvolle praktische Schritte auf dieses Ziel hin. Weltwirtschaftsrat und im Innern Verstaatlichung der sozialisierungsreifen Industrien.

Darüber hinaus wollen wir Sozialdemokraten uns noch ein wichtiges Kapitel besonders angelegen sein lassen: Die soziale Fürsorge und Versicherung. Wir wollen zwar alle Kreise des schaffenden Volkes in unseren Reihen erfassen, aber wir sind immer noch eine Arbeiterpartei, deshalb, weil uns die Förderung der Rechte der Arbeiterschaft besonders am Herzen liegen. Trotz allem Geschrei im Nazi-Reich von dem Adel der Handarbeit sind wir in der Praxis auch heute noch nicht da, wo wir hinwollen: Die völlige Gleichberechtigung des Handarbeiters mit dem sog. Angestellten und Beamten, insbesondere in der Sozialversicherung. Selbst im kapitalistischen Amerika entspricht der Lebensstandart des Handarbeiters schon lange dem des Büroarbeiters. Wer diese Gleichberechtigung nicht ehrlich bejaht und sie praktisch zu erstreben sucht, der ist für uns kein Sozialist und mag er noch so viel Karl Marx studiert haben. Unser Sozialismus muß sich in persönlicher Haltung und in unseren täglichen Handlungen zeigen.

Aber diese Haltung kann nur entspringen aus dem Glauben an eine Idee und an Ideale. Der Sozialismus hat mit dem Christentum die Nächstenliebe gemeinsam, jedoch als politische Bewegung sucht er Trost nicht nur in einem Jenseits, sondern er will die Schäden unserer Zeit an der Wurzel packen. Wohl wissen wir, daß die ideellen Dinge: Kunst, Wissenschaft und Religion über die materiellen Härten des Daseins hinweghelfen können, aber der Mensch muß, um solche Werte sich aneignen zu können, auch einmal die Muße und Schulung dazu gehabt haben. Das aber kann der Mann aus dem Volke nur von der sozialistischen Gesellschaftsordnung erwarten. Die bisherige Wirtschaftsordnung war nicht in der Lage, den Menschen aus den Fesseln des dauernden Kampfes ums Dasein oder der dumpfen Not der Arbeitslosigkeit zu befreien, obwohl Technik und Wissenschaft schon lange die Voraussetzung dazu geschaffen haben. Allein der Sozialismus kann die alte Wirtschaftsordnung, die so grauenhaft versagt hat, durch eine bessere Form ersetzen und uns befreien von der alle Kultur erstickenden materiellen Not. Er ist der Garant jener 4. Freiheit, der Freiheit von Mangel, und macht damit die drei Freiheiten vollständig, die uns die Demokratie beschert: Die Freiheit der Rede, die Freiheit der Gottesverehrung und die Freiheit von Furcht. Wenn diese Verschmelzung von Demokratie und Sozialismus einmal vollzogen sein wird auf der ganzen Welt, dann haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts getan auf dem Wege zu einer höheren Kultur und einem besseren Leben.

Ferdinand Kusterer

Druck: G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe i. B.